



MORNING NEWS 8. September 2025

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	23.596,98	-173,35	-0,73	23.770,33	DJ 30	45.400,86	-220,43	-0,48	45.621,29
MDAX	30.011,98	219,54	0,74	29.792,44	NASDAQ	23.652,44	19,43	0,08	23.633,01
TEC DAX	3.640,34	6,03	0,17	3.634,31	Nikkei 225	43.571,20	552,45	1,28	43.018,75
Euro Stoxx50	5.318,15	-28,56	-0,53	5.346,71	Hang Seng	25.508,17	90,19	0,35	25.417,98
Bund Future	128,95	-0,14	-0,11	129,09	Euro / US-\$	1,1713	-0,00	-0,03	1,1717
Gold in US-\$	3.581,48	-5,22	-0,15	3.586,69	Öl (Brent) US-\$	66,27	0,77	1,18	65,50
Bitcoin / US-\$	110.942,39	-393,97	-0,35	111.336,36	Ethereum / US-\$	4.296,33	-4,47	-0,10	4.300,81

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	23.692	+96
NASDAQ Future	23.737,25	+53,25

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	229,65	1,40	0,01	228,25	269,00	1.700.489,00
Nokia OJ	3,88	0,01	0,00	3,88	4,55	37.414.244,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	Industrieproduktion (m/m), sb	Juli	08:00	1,0% (-1,9%)
D	Industrieproduktion (y/y), WDA	Juli	08:00	-0,3% (-3,6%)
D	Handelsbilanz, sb	Juli	08:00	15,5 (14,9) Mrd €
D	Exporte (m/m), sb	Juli	08:00	0,1% (0,8%)
D	Importe (m/m), sb	Juli	08:00	-1,0% (4,2%)
EWU	Sentix Investorvertrauen	September	10:30	-2,0 (-3,7)
USA	Verbraucher Kredite	Juli	21:00	10,200 (7,371) Mrd \$

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,17 (1,09)	10-jährige Bonds	+0,688	4,09%
Volumen NASDAQ	8,39 (7,27)	30-jährige Bonds	+1,625	4,77%

()=Vortag

Die **Zinshoffnungs-Euphorie** an der Wall Street nach dem US-Arbeitsmarktbericht ist **zunächst vorbei**. Der Dow Jones verlor am Freitag 0,5 Prozent auf 45.401 Punkte. Der technologieelastige Nasdaq notierte kaum verändert bei 21.700 Zählern und der breit gefasste S&P 500 büßte 0,3 Prozent auf 6482 Stellen ein. Auf Wochensicht legte der S&P 500 um 0,33 Prozent zu und der Nasdaq stieg um 1,14 Prozent, während der Dow Jones um 0,32 Prozent nachgab.

Im August kamen in den USA 22.000 neue Jobs außerhalb der Landwirtschaft hinzu, wie aus dem Bericht der Regierung hervorging. Von Reuters befragte Ökonomen hatten einen Zuwachs von 75.000 Stellen erwartet. Anleger gehen davon

aus, dass die Zahlen die US-Notenbank Fed zu einer Zinssenkung bei ihrer Sitzung im September bewegen werden, was die Aktien im früheren Handelsverlauf stützte. Zugleich schürten die Daten neue Konjunktursorgen.

"Die Warnsignale am US-Arbeitsmarkt, die vor einem Monat erstmals laut wurden, haben sich nun deutlich verstärkt", sagte Olu Sonola, Chefanalyst bei der Ratingagentur Fitch. Kevin Gordon vom Vermögensverwalter Charles Schwab stimmte ihm zu: "Dieser Bericht bedeutet nicht unbedingt, dass wir uns bereits in einer Rezession befinden, aber er schlägt eindeutig stärker in die negative als in die positive Richtung aus."

Der Schwächeanfall des US-Arbeitsmarktes bescherte dem **Goldpreis** ein **neues Allzeithoch**. Der Preis für das in Krisenzeiten als sicherer Hafen angesehene Edelmetall kletterte in der Spitze um 1,5 Prozent auf 3599,89 Dollar je Feinunze. Später gab er auf 3489,37 Dollar einen Teil der Gewinne ab.

Der **Dollar-Index** rutschte um 0,5 Prozent auf 97,78 Punkte ab, während der **Euro** um 0,6 Prozent auf 1,1715 Dollar vorrückte.

Die Nordsee-Rohölsorte **Brent** und US-Leichtöl **WTI** verbilligten sich indes um 2,0 und 2,3 Prozent auf 65,67 und 62,04 Dollar je Fass (159 Liter). "Es ist eine Art unglückliche Verkettung von Umständen", sagte Phil Flynn, Analyst bei der Price Futures Group. Spekulationen auf höhere Fördermengen des Ölkartells Opec+ hatten die Ölpreise bereits am Mittwoch und Donnerstag um insgesamt rund drei Prozent nach unten gedrückt.

Für Gesprächsstoff bei den Einzelwerten sorgte unter anderem **Lululemon**. Die Aktien des Herstellers von Yoga-Bekleidung brachen nach der zweiten Prognosesenkung in Folge um 18,6 Prozent ein.

Gefragt waren hingegen die Titel von **Broadcom**, die um 9,4 Prozent zulegten. Der Halbleiterkonzern hat einen KI-Chip-Großauftrag im Volumen von zehn Milliarden Dollar von einem neuen Kunden bekanntgegeben. Außerdem rechnet das Unternehmen mit einem höheren Quartalsumsatz als die Marktexperten.

Nach oben ging es auch für **Tesla**. Der Verwaltungsrat des US-Elektroautopioniers lockt Firmenchef Elon Musk mit einem beispiellosen Vergütungspaket. Dem Milliardär und reichsten Menschen der Welt winken bis zu einer Billion Dollar, wenn Tesla seine ehrgeizigen Ziele erreicht, wie der Konzern am Freitag mitteilte. Die Aktie legte daraufhin um 3,6 Prozent zu.

Im späten Handel brachen die Aktien des Tylenol-Herstellers **Kenvue** um 14 Prozent ein und schlossen 9,3 Prozent tiefer. Grund war eine Meldung des "Wall Street Journal", wonach das US-Gesundheitsministerium einen Bericht veröffentlichen will, der - offenbar ohne Belege - auf einen möglichen Zusammenhang zwischen der Einnahme des Schmerzmittels während der Schwangerschaft und Autismus bei Kindern hinweisen soll. Kenvue wies dies entschieden zurück.

US Unternehmen

Wenige Stunden nach **Verhängung einer Strafe der Europäischen Union** von knapp drei Milliarden Euro gegen den Internet-Riesen **Google** droht **US-Präsident** Donald Trump indirekt mit **Strafzöllen**. "Wir können nicht zulassen, dass dem herausragenden und einzigartigen amerikanischen Erfindergeist so etwas angetan wird", schrieb Trump am Freitag auf seiner Online-Plattform Truth Social. Die Maßnahme gegen die Suchmaschine wegen Wettbewerbsverstößen sei unfair. Sollte die EU-Strafe gegen Google bestehen bleiben, sehe er sich gezwungen, ein Verfahren nach Paragraph 301 einzuleiten. Diese Vorschrift ermöglicht Strafzölle oder andere restriktive Maßnahmen als Reaktion auf unfaire Handelspraktiken (Reuters).

Marktmeldungen

Menschen mit höheren Einkommen müssen im kommenden Jahr voraussichtlich mehr Geld an die **Sozialversicherungen** abführen. Konkret geht es um die Anhebung der sogenannten **Bemessungsgrenze beim Einkommen**, bis zu der Sozialbeiträge zu entrichten sind. Sie wird jährlich an die Lohnentwicklung angepasst. Den entsprechenden Verordnungsentwurf, der die Grenzen für 2026 neu festlegt, hat das Bundesarbeitsministerium am

Freitag zur Abstimmung an die anderen Ressorts geschickt. Der Entwurf, über den zuvor das Portal "Politico" berichtete, liegt der *Deutschen Presse-Agentur* vor.

Die **Schweizerische Nationalbank** (SNB) sieht eine **hohe Hürde für eine Wiedereinführung von Negativzinsen**. "Wir sind uns bewusst, dass der Negativzins unerwünschte Nebenwirkungen haben kann, zum Beispiel für Sparer und Pensionskassen", sagte SNB-Präsident Martin Schlegel dem am Montag veröffentlichten "*Migros-Magazin*". "Die Hürde, ihn wieder einzuführen, ist hoch." Die SNB hatte von Dezember 2014 bis September 2022 bereits Negativzinsen erhoben (Reuters).

Der **drohende Regierungsturz** im hoch verschuldeten **Frankreich** Anfang kommender Woche und die befürchtete Fortsetzung der politischen Krise hat Sorge vor wirtschaftlicher Instabilität in dem wichtigen EU-Land geweckt. Angesichts der hohen Schuldenlast und des Streits um seinen Sparhaushalt mit geplanten Einsparungen von 43,8 Milliarden Euro hatte Frankreichs Premier François Bayrou Ende August überraschend angekündigt, im Parlament die **Vertrauensfrage** zu stellen. Alles deutet darauf hin, dass er die Abstimmung am Montagnachmittag verliert (dpa/AFX).

Trotz des Rücktritts von Vizepremierministerin Angela Rayner und der anschließenden Kabinettsumbildung soll es in **Großbritannien keine vorgezogene Neuwahl** geben. Das stellte der erste Staatssekretär von Premierminister Keir Starmer, Darren Jones, in einem Interview mit dem britischen Sender *Sky News* klar. "Die Labour-Partei wird sich nicht spalten und es wird keine vorgezogene Neuwahl geben", sagte Jones im Hinblick auf entsprechende Prophezeiungen des Rechtspopulisten Nigel Farage (dpa/AFX).

Japans Ministerpräsident Shigeru Ishiba tritt nach weniger als einem Jahr im Amt zurück. Das kündigte er am Sonntagabend (Ortszeit) vor der Presse an. Er übernahm damit die Verantwortung für den Verlust der Parlamentsmehrheit bei der Oberhauswahl im Juli. Er beabsichtige, seine Aufgaben bis zur Wahl eines neuen Parteivorsitzenden seiner Liberaldemokratischen Partei (LDP) zu erfüllen, sagte Ishiba (dpa/AFX).

Griechenlands Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis hat **weitreichende Steuererleichterungen** angekündigt. Nach Jahren der Finanzkrise habe man heute eine stabile Basis erreicht - mit besseren Anleihekonditionen als Frankreich, sagte der griechische Regierungschef anlässlich der Eröffnung der wichtigsten griechischen Wirtschaftsmesse in der Hafenstadt Thessaloniki am Samstagabend. Rund 1,7 Milliarden Euro will die Regierung für die geplanten Maßnahmen ausgeben (dpa/AFX).

Ein **führender Wirtschaftsberater von US-Präsident** Donald Trump hat sich **gegen jede politische Einmischung** in die **Geldpolitik der US-Notenbank** Federal Reserve (Fed) ausgesprochen. "Die Geldpolitik der Federal Reserve muss vollkommen unabhängig von politischem Einfluss sein, auch von Präsident Trump", sagte der Direktor des Nationalen Wirtschaftsrats des Weißen Hauses, Kevin Hassett, am Sonntag dem Sender *CBS News*. Man habe gesehen, was in Ländern passiere, in denen die Staats- und Regierungschefs die Zentralbanken kontrollierten. Dies sei in der Regel "ein Garant für Inflation und Elend für die Verbraucher". Hassett gilt als einer der Kandidaten für die Nachfolge des Fed-Chefs Jerome Powell, dessen Amtszeit im Mai 2026 endet (Reuters).

US-Präsident Donald Trump zündelt weiter um ein **mögliches Eingreifen mit Militär** in **Chicago** und hat erneut den Bürgermeister und den Gouverneur des umliegenden Bundesstaats Illinois gegen sich aufgebracht. Er verbreitete am Samstag eine mit Künstlicher Intelligenz erstellte Grafik, die die Skyline der demokratisch regierten Millionenstadt zeigt und in Gestaltung und Wortwahl an den Film "Apocalypse Now", in dem es um einen Krieg geht, erinnert. Dort steht zu lesen: Chicago sei davor herauszufinden, warum das US-Verteidigungsministerium in Kriegsministerium umbenannt wurde (dpa/AFX).

US-Präsident Donald Trump erwägt einem Medienbericht zufolge **Militärschläge** gegen **Drogenkartelle in Venezuela**. Dies schließe auch mögliche Einsätze innerhalb des Landes ein, berichtete der Sender *CNN* am Freitag (Ortszeit) unter Berufung auf mehrere Insider.



Im **Konflikt** zwischen den **USA** und **Venezuela** fordert **Präsident Nicolás Maduro** die **US-Regierung** zur Deeskalation auf und warnt vor einem **"militärischen Konflikt von großem Ausmaß"**. "Keine der Differenzen, die wir hatten und weiterhin haben, darf zu einem militärischen Konflikt von großem Ausmaß und Gewalt in Südamerika führen", sagte Maduro in einem auf der Nachrichtenplattform Telegram veröffentlichten Video. Dafür gebe es keine Rechtfertigung. Er forderte von den USA, "ihren Plan eines gewaltsamen Regimewechsels in Venezuela und in ganz Lateinamerika" aufzugeben und die Souveränität des Landes zu respektieren (dpa/AFX).

US-Präsident Donald Trump spricht eine nach eigenen Worten **"letzte Warnung"** an die radikal-islamische **Hamas** aus, einem Abkommen zur Freilassung von Geiseln aus dem Gazastreifen zuzustimmen. "Die Israelis haben meine Bedingungen akzeptiert. Es ist an der Zeit, dass auch die Hamas sie annimmt", schreibt Trump auf seiner Plattform Truth Social. "Ich habe die Hamas vor den Konsequenzen gewarnt, wenn sie nicht zustimmt. Dies ist meine letzte Warnung, es wird keine weitere geben!" Eine Stellungnahme der Hamas liegt zunächst nicht vor (Reuters).

Die **Hamas** erhält nach eigenen Angaben über **Vermittler von den USA Vorschläge für eine Waffenruhe im Gazastreifen**. Die radikal-islamische Gruppe erklärt, sie erörtere mit den Vermittlern, wie diese Ideen weiterentwickelt werden könnten. Die Hamas bekräftigt zudem ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über die Freilassung aller Geiseln. Dies solle im Gegenzug für eine "klare Ankündigung des Kriegsendes" und den vollständigen Abzug der israelischen Streitkräfte aus dem Gazastreifen geschehen (Reuters).

Die **Spitzenvertreter der EU** haben die **jüngsten russischen Raketen- und Drohnenangriffe** auf die **Ukraine** verurteilt und als Beleg für die fehlende Verhandlungsbereitschaft von Kremlchef Wladimir Putin gewertet. "Der Kreml verhöhnt erneut die Diplomatie, tritt das Völkerrecht mit Füßen und tötet wahllos", schrieb EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einer Stellungnahme. EU-Ratspräsident António Costa kommentierte, Putins Version von Frieden sei es offensichtlich, von Frieden zu sprechen, aber gleichzeitig Bombardierungen zu intensivieren und Regierungsgebäude und Wohnhäuser ins Visier zu nehmen (dpa/AFX).

US-Präsident Donald Trump kündigt **Gespräche mit europäischen Politikern** über eine Lösung des **Ukraine-Kriegs** an. "Einzelne europäische Spitzenpolitiker kommen am Montag oder Dienstag in unser Land", sagt Trump. Wen er damit meinte, war zunächst unklar. Das Weiße Haus äußert sich dazu zunächst nicht. Trump erklärt zudem, er sei "nicht zufrieden" mit der Lage. Nach dem massiven russischen Luftangriff, bei dem ukrainischen Angaben zufolge das Hauptregierungsgebäude in Kiew in Brand geraten ist, sagt Trump: "Den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, das werden wir regeln." Er stellt zudem ein **baldiges Gespräch mit dem russischen Präsidenten** Wladimir Putin in Aussicht (Reuters).

Vier Tote, Dutzende Verletzte und zahlreiche Schäden sind die Bilanz nach einem **schweren russischen Angriff** auf die **Ukraine**. Moskau setzte der Luftwaffe in Kiew zufolge mehr als 800 Kampfdrohnen, Marschflugkörper und Raketen ein - ein neuer Rekord. "Zum ersten Mal wurde durch einen feindlichen Angriff das Regierungsgebäude, das Dach und die oberen Stockwerke beschädigt", schrieb Ministerpräsidentin Julia Swyrydenko bei Telegram und veröffentlichte Fotos dazu. Verletzt wurde dabei ihr zufolge niemand. Der russische Terror werde die Arbeit der Regierung nicht aufhalten, kündigte sie an. Nach Behördenangaben wurden in Kiew eine Mutter und ihr drei Monate alter Sohn getötet. Mehr als 20 Häuser und ein Kindergarten seien bei russischen Angriffen auf Saporischschja beschädigt worden, schrieb Selenskyj (dpa/AFX).

Der **kanadische Ministerpräsident** Mark Carney kündigt **neue Sanktionen gegen Russland** an. Die Verbündeten der Ukraine bereiteten neue Strafmaßnahmen vor, sagt Carney auf einer im Fernsehen übertragenen Pressekonferenz. Damit solle Russlands Staatschef Wladimir Putin dazu gebracht werden, den Krieg zu beenden. "Herr Putin ist die Ursache dieses Krieges. Er ist der Grund für das Töten - er wird nicht die Friedensbedingungen diktieren." (Reuters).

Die **Ausgestaltung der Garantien für die Ukraine** gegen einen neuen Angriff Russlands für den Fall, dass es zu einer Waffenruhe kommt, ist noch nicht abgeschlossen. Die **USA** arbeiten nach den Worten von Präsident Donald Trump an

Sicherheitsgarantien für die Ukraine. Diese sollen dazu beitragen, den Krieg mit Russland zu beenden, sagt Trump (Reuters).

Das **ukrainische Militär** hat nach eigenen Angaben eine Pipeline-Anlage und eine Raffinerie in Russland angegriffen und damit seine **Schläge gegen russische Ölinfrastruktur** fortgesetzt. Nach einer Mitteilung des Generalstabs wurde ein Objekt in der russischen Region Brjansk ins Visier genommen, das zu einer Pipeline gehört. Die Anlage sei von strategischer Bedeutung für die Versorgung der russischen Armee mit Erdölprodukten. Es seien zahlreiche Treffer und anschließend Feuer registriert worden, hieß es weiter. Eine Bestätigung von russischer Seite gab es zunächst nicht (dpa/AFX).

US-Präsident Donald Trump sieht sich nach eigenen Angaben in der Lage, weitere **Russland-Sanktionen** verhängen zu können. Auf eine Frage eines Journalisten am Weißen Haus, ob er bereit sei, in die zweite Phase von Sanktionen gegen Moskau einzutreten, sagte er kurz und knapp: "Ja, das bin ich." Mehr Angaben machte der Republikaner nicht. Es blieb unklar, ob neue Sanktionen tatsächlich verhängt werden und wenn ja, wann (dpa/AFX).

Nach **neuen, intensiven russischen Angriffen** aus der Luft hat der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj die **Weltgemeinschaft zu Reaktionen aufgefordert**. "Das ist ein klares Zeichen, dass Putin die Welt auf die Probe stellt, ob sie das akzeptiert und ob sie sich damit abfindet", sagte der Staatschef in seiner abendlichen Videobotschaft. Russland versuche der Ukraine Schmerzen zuzufügen und immer dreistere Schläge zu verüben. Dem müsse mit "Sanktionen gegen Russland, gegen mit Russland verbundene Personen und starken Zöllen und anderen Handelseinschränkungen für Russland" begegnet werden, sagte er weiter. "Ihre Verluste müssen spürbar sein", unterstrich der Präsident. Zudem begründete er ukrainische Drohnenangriffe auf Pipelines und Raffinerien in Russland mit einer russischen Verweigerungshaltung. "Die Benzinknappheit in Russland und andere wirtschaftliche Probleme sind eine logische Antwort auf die russische Weigerung, eine Waffenruhe einzugehen und auf ein Treffen der Staatschefs", sagte Selenskyj (dpa/AFX).

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj hat Moskau als Ort für ein mögliches Treffen mit **Kremlchef** Wladimir Putin erneut abgelehnt. "**Er kann nach Kiew kommen**", sagte Selenskyj in einem Interview des US-Senders *ABC News* mit Blick auf die Position des russischen Präsidenten, der ein solches Treffen nur in seiner Hauptstadt akzeptieren will. Er selbst könne nicht nach Moskau reisen, wenn sein Land jeden Tag angegriffen werde.

Der **Flughafen Ramon** in der Nähe der südisraelischen Stadt **Eilat** nimmt seinen Betrieb wieder auf, nachdem er wegen eines Drohnen-Einschlages etwa zwei Stunden lang geschlossen war. Eine im Jemen gestartete **Drohne** habe die Ankunftshalle getroffen, teilt die israelische Flughafenbehörde mit. "Nach Abschluss aller Sicherheitskontrollen, der Einhaltung der internationalen Zivilluftfahrtstandards und dem Erhalt der endgültigen Genehmigung durch die Luftwaffe ist der Flughafen Ramon nun wieder für den vollen Betrieb geöffnet, sowohl für Abflüge als auch für Ankünfte." Dem israelischen Rettungsdienst zufolge wurden zwei Menschen durch Splitter verletzt (Reuters).

Das Wachstum der **chinesischen Exporte** hat sich im August überraschend verlangsamt und damit die Erwartungen von Analysten enttäuscht. Die Ausfuhren stiegen im Jahresvergleich um 4,4 Prozent, wie die Zollbehörde mitteilte. Von *Reuters* befragte Experten hatten mit einem Plus von fünf Prozent gerechnet, nachdem im Juli noch ein Zuwachs von 7,2 Prozent verzeichnet worden war. Auch die Einfuhren legten mit 1,3 Prozent schwächer zu als erwartet.

Die **japanische Wirtschaft** ist im zweiten Quartal deutlich stärker gewachsen als zunächst angenommen. Grund dafür war ein nach oben korrigierter privater Konsum, wie aus am Montag veröffentlichten Regierungsdaten hervorging. Demnach wuchs die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt von April bis Juni mit einer auf das Jahr hochgerechneten Rate von 2,2 Prozent. Eine erste Schätzung sowie von Ökonomen war von einem Wachstum von 1,0 Prozent ausgegangen. Im Vergleich zum Vorquartal wuchs das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) um 0,5 Prozent. Hier lag die ursprüngliche Schätzung bei 0,3 Prozent (Reuters).

Automobile / Zulieferer

CSU-Chef Markus Söder hat seine Forderung erneuert, das ab 2035 geplante EU-weite Verbot neuer **Autos mit Verbrennungsmotoren** zu kippen. Damit will der bayerische Ministerpräsident die kriselnde deutsche Autoindustrie stützen. "Der Verbrenner hat mit E-Fuels und neuen Technologien Zukunft. Das EU-Verbrennerverbot 2035 gefährdet Hunderttausende Arbeitsplätze", sagte Söder der *"Bild am Sonntag"*.

BMW setzt in seinem **China-Geschäft** auf neue Modelle und hält Wachstum für möglich. Mit der Neuen Klasse, die ab kommendem Sommer in der Volksrepublik auf den Markt komme, habe der Münchner Autobauer ein wettbewerbsfähiges Produkt, sagte Finanzchef Walter Mertl der Nachrichtenagentur *Reuters*. "Mit steigender Verfügbarkeit der Neuen Klasse werden wir wieder Wachstum in China sehen", sagte Mertl. "Wenn ich mir unsere künftige Modellpalette anschau, dann mache ich mir keine Sorgen."

Der Autobauer **Mercedes-Benz** will trotz des enormen Konkurrenzkampfes in **China** das **Preisniveau** seiner Premiummodelle dort weiter stabil halten. Die Strategie, sich aus dem harten Preiskampf, gerade bei Elektroautos, am wichtigsten globalen Automarkt herauszuhalten, werde nicht geändert, sagte Mercedes-Vorstandschef Ola Källenius kurz vor Beginn der Automesse IAA am Sonntag in München der Nachrichtenagentur *Reuters*.

Einer **Autoproduktion in den USA** hat der deutsche Sportwagenbauer **Porsche** vorerst eine **Absage** erteilt. Trotz der durch die US-Zölle gestiegenen Exportkosten sei das Unternehmen mit der aktuellen Herkunft der Fahrzeuge sehr zufrieden, sagte Nordamerika-Chef Timo Resch dem *"Handelsblatt"*. "Deswegen gibt es keine unmittelbaren oder konkreten Pläne, in eine lokale Produktion einzusteigen."

Günstigere Modelle, weniger Designexperimente, vertrautere Modellnamen: Vor Beginn der Automesse IAA Mobility zeigt der **VW-Konzern**, wie im kommenden Jahr der **Vorstoß ins elektrische Einstiegssegment** gelingen soll. Zwei Tage vor dem offiziellen Ausstellungsstart präsentierte der Hersteller an seinem Messestand die vier neuen E-Modelle von VW, Skoda und Cupra, die im kommenden Jahr auf den Markt kommen sollen, darunter der ID. Polo, der zu Preisen ab knapp unter 25.000 Euro an den Start gehen soll. Von "einem klaren Fokus auf die E-Mobilität" sprach Konzernchef Oliver Blume laut Mitteilung bei der Vorabpremiere am Messestand (dpa/AFX).

Der chinesische Batteriezellhersteller **CATL** will seine **Fabrik in Ungarn** bis Anfang des kommenden Jahres in Betrieb nehmen. Ziel sei es, die Fertigung in vier oder fünf Monaten aufzunehmen, sagte der für Europa zuständige Manager Matt Shen der Nachrichtenagentur *Reuters* am Sonntag vor Beginn der Automobilmesse IAA in München (*Reuters*).

Industrie

Der **Arbeitsmarktforscher** Enzo Weber erwartet einen **langanhaltenden Aufschwung** der **deutschen Rüstungsindustrie**. Der Aufwärtstrend der Branche werde nachhaltig sein und absehbar auf viele Jahre weitergehen, sagte der Experte vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg der *Deutschen Presse-Agentur*.

Aufgrund der Ausnahme bei der Schuldenbremse für die Verteidigungsausgaben seien die Finanzierungsmöglichkeiten sichergestellt, sagte der IAB-Forschungsbereichsleiter für Prognosen und gesamtwirtschaftliche Analysen. Laut einer Studie unter Beteiligung des IAB könnten bis zu 200.000 Jobs entstehen, wenn Deutschland seine Verteidigungsausgaben schuldenfinanziert von 2 auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigern würde.

Lebensmittel / Getränke

Der **Mitgründer** von **Hellofresh**, Thomas Griesel, wird spätestens Ende April 2026 aus dem **Vorstand** des Kochboxensenders ausscheiden. Der aktuell für das internationale Geschäft zuständige Manager werde das Unternehmen dann auch verlassen, teilte der im Konzern am Freitagabend mit (dpa/AFX).



Öl & Gas

Staaten des Ölförderverbunds **Opec+** wollen ab Oktober noch mehr Rohöl in den Markt pumpen. Saudi-Arabien, Russland und sechs weitere Länder beschlossen eine **Erhöhung ihrer Tagesproduktion** um insgesamt 137.000 Barrel (je 159 Liter) (dpa/AFX).

Sonstige

CTS Eventim muss sich einen neuen **Finanzvorstand** suchen. Holger Hohrein werde zum Jahresende aus dem Vorstand ausscheiden, teilte das Unternehmen am Freitag in Hamburg mit. Beide Seiten hätten sich darauf verständigt, den Vertrag nicht zu verlängern. Ein Nachfolger soll zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben werden (dpa/AFX).

Technologie

Der niederländische Chip-Ausrüster **ASML** will Insidern zufolge größter Anteilseigner des französischen KI-Startups **Mistral AI** werden. ASML beteilige sich mit 1,3 Milliarden Euro an einer Finanzierungsrunde von insgesamt 1,7 Milliarden Euro, erfuhr die Nachrichtenagentur *Reuters* von mehreren mit dem Vorgang vertrauten Personen. Damit werde Mistral mit einer Bewertung von zehn Milliarden Euro zum wertvollsten Unternehmen für Künstliche Intelligenz (KI) in Europa. ASML solle einen Sitz im Verwaltungsrat von Mistral erhalten, hieß es weiter.

Versicherungen

Der Rückversicherer **Munich Re** verspricht sich von der nächsten **Vertragserneuerung im Schaden- und Unfallgeschäft** attraktive Geschäftschancen trotz sinkender Preise. Bei der Neuverhandlung der Verträge mit Erstversicherern dürfte die Nachfrage nach Rückversicherungsschutz weiter wachsen, erklärte Munich-Re-Vorstand Thomas Blunck am Sonntag beim jährlichen Branchentreffen in Monte Carlo. Ratingagenturen sagen den Rückversicherern nach dem starken Anstieg der vergangenen Jahre allerdings sinkende Preise voraus (dpa/AFX).

Versorger

Deutschlands größter Energieversorger **Eon** sieht in den **Batterien bestimmter E-Autos** ein großes **Stromspeicher-Potenzial**. Anfang 2025 seien in Deutschland bereits mehr als 225.000 Autos zugelassen gewesen, die technisch für sogenanntes bidirektionales Laden vorbereitet gewesen seien, heißt es in einer der *Deutschen Presse-Agentur* vorliegenden Eon-Analyse.



STEU BING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Steubing AG
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Steubing AG erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© Steubing AG. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

